

Bettina Munimus

Generationenkonflikt? Vielleicht später

Neue Machtarithmetik in der alternden Gesellschaft

Die vergangene Bundestagswahl trägt die Handschrift des demografischen Wandels. Von insgesamt 61,8 Millionen Wahlberechtigten betrug der Anteil der unter 30-Jährigen 16,1 % und war damit nicht einmal halb so stark wie die Altersgruppe der über 60-Jährigen mit 33,7 %. Jeder dritte Wähler ist über 60 Jahre alt. Der Wahlerfolg der Union lässt sich auch mit der Stimmabgabe der Senioren erklären; jeder Zweite wählte CDU/CSU. Welche Auswirkungen hat die divergierende Machtarithmetik in der alternden Gesellschaft auf das Verhältnis zwischen Älteren und Jüngeren? Bedeuten die neuen Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Wählerschaft eine Dominanz des politischen Konservatismus, der progressive jüngere Kräfte stets auf die hinteren Plätze verweist?

Um sich dieser Frage anzunähern, ist zunächst zwischen den innerfamiliären und gesellschaftlichen/sozialstaatlichen Generationenbeziehungen zu differenzieren. Während sich die »68er Generation« in jungen Jahren noch unversöhnlich mit ihrer Elterngeneration über Werte und Ideale stritt, sind die heutigen Beziehungen zwischen Enkeln, Eltern und Großeltern laut Shell-Jugendstudie so gut wie noch nie. Ältere unterstützen Jüngere bei der Kinderbetreuung oder stecken ihnen mitunter einen kleineren oder größeren Geldbetrag zu. Jüngere wiederum richten den PC der Großmutter ein oder erklären dem Vater die sozialen Medien wie Facebook. Auf diese guten partnerschaftlichen Beziehungen verweisen politische Akteure gerne, wenn die Menetekel eines möglichen Generationenkonfliktes, gar eines Generationenkrieges zur Sprache kommen.

Fernab der Medienhysterie blickt die jüngere Generation jedoch in der Tat in ei-

ne düstere Zukunft: Ihr wird ein immenser Schuldenberg vererbt, die Staatsschuldenuhr tickt stetig auf die 2,2 Billionen Euro-Marke zu; das Rentenversprechen für den eigenen Lebensabend ist für viele nur noch Makulatur, an eine kontinuierliche Erwerbsbiografie ohne Brüche und Umwege glauben die Wenigsten, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist dramatisch hoch und das Damoklesschwert des Klimawandels und einer wackeligen Energiewende schwebt ohnehin über allem. Das Opportunitätsfenster für nachhaltige Reformen schließt sich spätestens zum Ende des Jahrzehnts, wenn man der Ansicht Glauben schenken mag, dass sich danach die politischen Mehrheitsverhältnisse unumkehrbar zugunsten der Älteren und zum Nachteil der Jüngeren verdichten werden. Doch die Haltung vieler junger Deutscher lässt sich mit den Worten des US-amerikanischen Journalisten Carl Sandburg beschreiben: »Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin«. Die Jüngeren sind zwar weitaus stärker an Politik interessiert, als ihnen unterstellt wird, eine breite Allianz der Jungen, um ihre Zukunftsrechte politisch einzufordern, ist jedoch nicht in Sicht. Stattdessen versuchen die meisten durch eine qualifizierte Ausbildung und ausgefeilte Karrierepläne die Weichen für das eigene Leben möglichst gut zu stellen.

Grundsätzlich bedeutet gleiches Alter nicht automatisch gleiche Interessen. Jüngere wie Ältere sind alles andere als homogene Gruppen. Vielmehr unterscheiden sich Altersgenossen nach allen denkbaren sozialstrukturellen Merkmalen wie sozialer Schicht, Herkunft, Bildung etc. Als »sozialrechtlich homogenisierte Großgruppe« (Gerd Göckenjan) haben Personen im Ruhestand jedoch ein unmittelbares Inte-

resse an einer regelmäßigen Pensions- bzw. Rentenzahlung. Das wünschen sich Jüngere gleichermaßen, jedoch wirkt dieses Interesse durch die große Zeitspanne bis zum Rentenalter abstrakt. Für ihren Lebensabschnitt der Ausbildung, des Studiums oder des Berufseinstiegs bestimmen Themen wie Bildung, Familie, Arbeit etc. weitaus stärker ihren politischen Fokus.

In Zeiten knapper Kassen und hoher Staatsschulden stellt sich die Frage, welche Politikfelder einen größeren Haushaltsposten eingeräumt bekommen und welche (Alters-)Gruppen davon vorrangig profitieren. Jüngste Studien etwa von Harald Wilkoszewski oder Michael Bergmann et. al. belegen, dass in sozialpolitischen Fragen Ansichten und Präferenzen von Jüngeren und Älteren auseinanderklaffen können. So wurden Unterschiede ersichtlich, wonach vor allem kinderlose Ältere seltener bereit sind, Investitionen für Bildung und Familien politisch mitzutragen.

Wie wirken sich derartige Alterseffekte auf demokratische Systeme aus, in denen Entscheidungsprozesse durch Mehrheiten zustande kommen? Die Wahlforschung liefert zwei Erklärungsansätze. Die These der Alters- und Lebenszykluseffekte besagt: Mit fortschreitendem Alter rücken zentrale Werte des Konservatismus wie Sicherheit, Ordnung und Stabilität in den Mittelpunkt der politischen Präferenzen, da sich diese an bestimmten Lebensabschnitten orientieren. Mit zunehmendem Alter sei man eher am Erhalt des Status quo interessiert und wünsche sich eine Stabilität des subjektiven Wohlbefindens. Die gerontologische Persönlichkeitsforschung sieht hingegen auf der Individual-ebene mit steigenden Lebensjahren eine reduzierende Offenheit für Neues. Gleichzeitig nehme mit mehr Lebenserfahrung die Wahrscheinlichkeit zu, sozial kompetent und anpassungsfähig zu sein. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es bei Bundestagswahlen offensichtlich eine Präferenz der über 60-Jährigen für die Union.

Die Kohortenthese erklärt die hohe Zustimmung der älteren Wählerschaft für die Unionsparteien durch Generationeneffekte. Eine in derselben Zeitphase geborene Gruppe teilt prägende Sozialisations-erfahrungen als Jugendliche und junge Erwachsene, die maßgeblich auf die politischen Einstellungen wirken. Die elektorale Stärke der Adenauer-Generation ist dadurch zu erklären, dass die Unionsparteien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Ära der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Stabilität in der Bundesrepublik regierten.

Im Vergleich zu früheren Zeiten sind die heutigen Senioren eine einzigartige Alterskohorte. Herrschten einst Altersstereotypen vor, die für Krankheit, Vereinsamung und Gebrechlichkeit standen, unterstreicht das heute verbreitete Kompetenzmodell mit Blick auf die »jungen Älteren« die Agilität des Alters. Es mag paradox klingen: Seniorengesellschaften werden erfahrener, zufriedener, aktiver und zugleich mental jünger, dabei aber auch weniger revolutionär und streitbar sein.

Die Lebenswege der sozialstaatlich (noch) gut abgesicherten (westdeutschen) Senioren sind mehrheitlich durch wirtschaftliche Prosperität und sozialen Aufstieg geprägt. Als Rentner und Pensionäre sind sie mit guten Ressourcen ausgestattet, verfügen über ein hohes Bildungsniveau und vielseitiges Erfahrungswissen. Sie sind bis ins hohe Alter gesundheitlich fit und mobil und können frei von beruflichen und familiären Pflichten ihre Zeit selbstbestimmt einteilen. Dies spiegelt sich in den hohen Engagementquoten der über 65-Jährigen wider. Die gealterten Partizipationskohorten der 60er und 70er Jahre gelten wie keine andere Generation als organisationsfreudig und machtpolitisch versiert. Die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1950 stellen in CDU und SPD das Gros der aktiven Parteibasis und prägen das mittler-

Das Generationenversprechen verliert an Bedeutung

weile ergraute Bild beider Volksparteien. Der Anteil der unter 30-Jährigen liegt in beiden Parteien bei nicht einmal 10 %.

Auch wenn die Älteren heute mehr Handlungsoptionen für politisches Engagement haben, so ist eine Machtformierung dieser zahlenmäßig starken Gruppe zur Interessendurchsetzung dennoch recht unwahrscheinlich. Dies lässt sich unter anderem am unterproportionalen Anteil älterer Mandatsträger festmachen. Ältere fühlen sich bislang offensichtlich adäquat in ihren politischen Anliegen durch Jüngere in den Parlamenten vertreten. Politik als Beruf ist für die wenigsten eine realistische Option, vielmehr möchte sich die Mehrheit in gewohnter Weise vor Ort engagieren. Zudem: Parteien jeglicher Couleur tragen dem machtpolitischen Gewicht der Wählergruppe »60 plus« durch entsprechende Politikangebote gebührend Rechnung, so dass eine eigene Interessenvertretung der Senioren obsolet erscheint. Mit periodischer Wiederkehr finden Rentendiskussionen vor Bundestagswahlen statt. Unübersehbar neigen insbesondere die Unionsparteien und die SPD zu einer seniorenfreundlichen Politik, welche Ruheständler hinsichtlich finanz-

politischer Sanierungsmaßnahmen verschont, um die numerisch wachsende Wählerschicht nicht gegen sich aufzubringen.

Eine antizipierte Macht kommt den Älteren aufgrund ihrer großen Zahl auch an der Parteibasis von CDU und SPD zu, etwa dann, wenn Funktionäre und Mandatsträger von vorneherein Wünsche und Erwartungen aufnehmen, um vermuteten Konfliktlagen prophylaktisch entgegenzuwirken. Zusammenfassend: Ältere werden mehr, benötigen jedoch keine »Seniorenbewegung«, denn die Politik greift die Themenpriorität der Älteren antizipatorisch auf.

Eine Virtuosa der Antizipation ist Angela Merkel. Mit einem ausgeprägten Gespür für Mehrheitsmeinungen gilt sie für viele als Garant für Stabilität. Die Gefahr besteht jedoch, dass das vorherrschende Stabilitätsbedürfnis einer ergraute Gesellschaft den Weg für nachhaltige Reformen versperrt, die vor allem den nachwachsenden Generationen zugutekommen sollten. In diesem Fall verliert das seit dem Wiederaufbau des deutschen Sozialstaates gültige Generationenversprechen zunehmend an Bedeutung.



Bettina Munimus

(* 1980) ist Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an der Universität Kassel und arbeitet als Projektmanagerin in der EAF Berlin. Ihre Dissertation ist unter dem Titel *Alternde Volksparteien – Neue Macht der Älteren in CDU und SPD?* im *transcript Verlag* erschienen.

munimus@eaf-berlin.de

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Le naufrage – der Schiffbruch

Hatte Charles de Gaulle Recht, als er klagte, das Alter sei eine Katastrophe, ein Schiffbruch, ein Untergang? Partiiell ganz gewiss. Keiner, der sich in die biblischen Jahre und darüber hinweg schleppt, der nicht ein melancholisches Lied davon singen könnte. Vom schleichenden Niedergang der Vitali-

tät, von der Anfälligkeit für alle möglichen Heimsuchungen, von der raschen Ermüdung, von der Notwendigkeit, große und kleine Elemente unserer physischen Existenz auszuwechseln, weil sie nichts mehr taugen, von den Zähnen übers Knie zur Hüfte, womöglich irgendwann die Niere,